

Schweizer EU-Beitritts-Skeptizismus [Vortrag vom Oktober 1992 – nach wie vor brandaktuell]

Von Robert Nef, geboren 1942, wohnhaft in St. Gallen und Mitglied der dortigen FDP, ist Publizist und Sozialphilosoph und gehört zu den Gründern des Liberalen Instituts

Vorbemerkungen von Christoph Luchsinger, Redaktor www.Schatten-Kabinett.ch vom 24. Mai 2021:

Der nachfolgende Text von Robert Nef ist eines von zahlreichen Beispielen, wie Texte von klassisch-liberalen Philosophen und politischen Beobachtern oft auch Jahrzehnte bis Jahrhunderte nach Erscheinen tiefgründiger, besser fundiert, wahr und erstaunlich aktuell bleiben und sind. Dass dies keine Selbstverständlichkeit ist, zeigen viele Texte von linken Philosophen und politischen Beobachtern, welche bereits bei Drucklegung falsch oder zumindest überholt sind. Was eigentlich Beweis mangelnder Qualität wäre, ist nun für linke Intellektuelle eher eine Fundgrube: es erlaubt zuerst einen ausführlichen Einführungsvortrag über die damalige Zeit, dass man den vorliegenden Text in der damaligen Zeit verstehen muss, warum es damals eine gewisse Aktualität hatte (bevor es auf dem Friedhof unausgeogener Ideen entsorgt wurde). Bei den klassisch-Liberalen ist eine derartige Einführung nicht nötig. Warum? Weil die Texte auf gesundem, tragendem Fundament aufgebaut sind, werden sie aus dem Stand heraus noch heute verstanden und bleiben richtig. Doch, urteilen Sie bitte selbst:

Schweizer EU-Beitritts-Skeptizismus

Überarbeitete und übersetzte Fassung eines auf Englisch gehaltenen Vortrags von Robert Nef an der Internationalen Konferenz "Eine Verfassung der Freiheit oder der neue Leviathan", Friedrich-Naumann-Stiftung der Deutschen FDP, Königswinter, Oktober 1992

Motto: *"Man kann gar nicht langsam genug in die falsche Richtung gehen."*

Jörg Baumberger, Ökonom St. Gallen

Nachtrag: Der Beitritt der Schweiz zum Europäischen Wirtschaftsraum wurde zwei Monate nach diesem Vortrag am 6. Dezember 1992 von einer knappen Mehrheit des Volkes und einer soliden Mehrheit der Kantone abgelehnt.

Ich beginne mit der Fabel von der "ziemlich intelligenten Fliege", die der amerikanische Schriftsteller James Thurber erfunden hat. Sie bringt die Skepsis der Kleinen gegenüber den Absichten der Großen und Mächtigen und gegenüber dem Gesetz der großen Zahl sehr gut zum Ausdruck.

Eine große Spinne hatte in einem alten Haus ein schönes Netz gewoben, um Fliegen zu fangen. Jedes Mal, wenn eine Fliege sich auf dem Netz niederließ und darin hängen blieb, verzehrte die Spinne sie

schleunigst, damit andere Fliegen, die vorbeikamen, denken sollten, das Netz sei ein sicherer und gemütlicher Platz. Eines Tages schwirrte eine ziemlich intelligente Fliege so lange um das Netz herum, ohne es zu berühren, dass die Spinne schließlich hervorkroch und sagte: „Komm, ruh dich bei mir ein bisschen aus.“ Aber die Fliege ließ sich nicht übertölpeln. „Ich setze mich nur an Stellen, wo ich andere Fliegen sehe“, antwortete sie, „und ich sehe keine anderen Fliegen bei dir.“ Damit flog sie weiter, bis sie an eine Stelle kam, an der sehr viele Fliegen saßen. Sie wollte sich gerade zu ihnen gesellen, als eine Biene aufkreuzte und ihr zurief: „Halt, du Idiot, hier ist Fliegenleim. Alle diese Fliegen sitzen rettungslos fest.“ „Red keinen Unsinn“, sagte die Fliege, „sie tanzen doch.“ Damit ließ sie sich nieder und blieb auf dem Fliegenleim kleben wie alle die anderen Fliegen. Moral: Es gibt keine Sicherheit in Zahlen, noch in irgendetwas anderem.“

Aktuelle Umfragen (September 1992) zeigen eine Mehrheit für einen EU-Beitritt bei den Mitte-Rechts-Parteien und den Sozialdemokraten, sowie in den französischsprachigen Kantonen. Die Skepsis scheint am größten bei konservativen und traditionell nationalistischen Gruppen, bei den Grünen, bei regionalen Parteien und bei der extremen Linken. Die Beitrittsgegner sind eine sehr heterogene Gruppe, wie dies auch in Frankreich zur Zeit des dortigen Maastricht-Referendums der Fall war. Ich möchte gleich zu Beginn festhalten, dass ich selbst zu den Beitritts-skeptikern gehöre, aber ich verteidige weder die Argumente der konservativen Nationalisten noch die der grünen Regionalisten und "Minarchisten" - obwohl ich eine leichte Präferenz für Letztere habe. Meine eigene Skepsis richtet sich gegen eine in meinen Augen viel zu zentralistische und interventionistische Großorganisation. Ich habe keine Lust, aus der Zwangsjacke des Schweizer Interventionismus herauszukommen, nur um in den Käfig des Euro-Protektionismus hinüberzuwechseln. In dieser Hinsicht mag es überraschen, dass die traditionell anti-zentralistischen französischsprachigen Kantone gegenüber einem Beitritt offener sind. Ein Grund mag folgender sein: Die Zentrale Brüssel ist wesentlich weiter weg als die Zentrale Bern und darum weniger einflussreich. Ähnliche Überlegungen findet man auch bei den euro-regionalistischen Gruppen. Deren Motto ist: "Skip the mediator" (den Nationalstaat) – keine schlechte, aber eine doch tendenziell nicht ungefährliche Maxime.

Meine eigenen persönlichen Ideale sind universalistisch und global. Sie sind näher bei einer Freihandelsorganisation wie der WTO als bei einem tendenziell protektionistischen Kontinentalverbund. Die EU behauptet zwar auch, die WTO-Philosophie des Freihandels zu vertreten, aber der Ursprung ihrer Aktivitäten, die Montanunion, war ein protektionistisches Kartell der Kohle- und Stahlproduzenten, das sich vom Weltmarkt abschirmte.

Ein englischer Bekannter von mir äusserte sich zu einem Beitritt der Schweiz anfangs der Neunzigerjahre wie folgt: **"Wenn die EU der WTO treu bleibt, muss die Schweiz nicht beitreten; wenn sie es nicht tut, sollte die Schweiz nicht beitreten."** Als klassisch-liberaler «homo oeconomicus» wünsche ich mir einen global durch Freihandel verbundenen "Commonwealth", aber als "homo politicus" bin ich viel näher an der Maxime von Ernst F. Schumachers "Small is beautiful" und an **Jacob Burckhardts Idee, dass "Macht an sich böse"** sei. Den gleichen Gedanken finden wir auch beim Deutsch-Engländer Lord Acton.

Als global denkender und aufgeschlossener Beitritts-Skeptiker gehöre ich in der Schweiz zu einer relativ kleinen Gruppe Klassisch-Liberaler, die keineswegs repräsentativ ist für die öffentliche Meinung und nicht einmal alle Mitglieder des Vorstands des von mir geleiteten "Liberalen Instituts" umfasst. Eine Mehrheit der Beitrittsgegner hat eher national-konservative protektionistische Motive und unterschätzt die aufgrund der internationalen Arbeitsteilung und Verflechtung existierenden Abhängigkeiten, die allerdings auch den

kontinentalen Rahmen sprengen. **Die Schweiz sollte sich als globale Exportnation nicht isolieren, aber auch nicht kontinental einbinden lassen.**

In den deutschsprachigen Kantonen gibt es zahlreiche Stimmen zugunsten einer Mitgliedschaft im Europäischen Wirtschaftsraum (EWR). Man ist für die wirtschaftliche Integration, aber gegen eine politische Assoziation als Vollmitglied. Der Bundesrat (Bundesregierung) hat im Vorfeld der Abstimmung zum EWR-Beitritt signalisiert, dass er den EWR als Vorläufer der EU betrachte, was zu einer Desolidarisierung zwischen EWR Beitrittswilligen und EU-Beitrittswilligen geführt hat. Im Hinblick auf künftige Abstimmungen darf nicht vergessen werden, dass nicht nur eine Mehrheit der Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, sondern auch eine Mehrheit der Kantone für einen Beitritt stimmen müsste. Wenn ein Beitritt zwar von einer Volksmehrheit befürwortet, aber von einer Mehrheit der Kantone abgelehnt würde, käme er nicht zustande. Wir hätten dann selbst ein schweiz-internes "Dänemark-Problem", wobei die Verfassung der Schweiz die Kantonsmehrheit auch dann schützt, wenn ein Volksmehr vorliegt. Es braucht für eine Verfassungsänderung und für einen Staatsvertrag mit Verfassungsrang beide Mehrheiten.

Das wirkt antiquiert, aber **der faire Umgang mit Minderheiten und mit verankerten Vetorechten ist der wahre Lackmestest für das Verhältnis zwischen großen und kleinen Mitgliedern eines Bündnisses.**

Ich bin der Auffassung, dass die Beitrittsdiskussionen, die derzeit in der Schweiz geführt werden, zu stark auf den Status quo fokussiert sind und nicht ausreichend berücksichtigen, dass die Europäische Union etwas ist, das sich in einem Prozess der Entwicklung befindet. Dies bedeutet, dass die Schweiz tatsächlich einem offenen Prozess beitreten würde und nicht einer überschaubaren Situation. Es ist natürlich richtig, dass unser Einfluss auf die Entwicklung dieses Prozesses größer wäre, als wenn wir draußen blieben. Aber wir tun gut daran, den Einfluss, den ein kleiner Staat auch als Mitglied haben könnte, nicht zu überschätzen.

Die Schweiz wäre bei Abstimmungen als kleiner Nettozahler oft «im falschen Lager». Als kleiner und reicher Staat wäre sie in zweierlei Hinsicht in der Minderheit, und die Gefahr, zumindest mittelfristig überstimmt und ausgenutzt zu werden, muss sorgfältig gegen den Vorteil abgewogen werden, mitentscheiden zu können. Mitentscheiden ist etwas ganz anderes, als selbst Entscheidungen zu treffen, vor allem, wenn die Gefahr des Überstimmt-Werdens relativ gross ist.

Mein - vielleicht utopisches - Ideal ist die Schweiz als Nicht-Mitglied, als Hüterin des Freihandels und vieler Prinzipien, die in der Geschichte Europas hochgehalten werden - eine Schweiz, die das Bewusstsein dafür wachhält, dass die heutige Europäische Union nicht mit Europa identisch ist.

Ich denke, dass es der EU angesichts ihrer doch stets auch liberalen Rhetorik eher schwerfallen würde, ein wirtschaftlich hochentwickeltes Nichtmitglied in einer Weise zu diskriminieren, die dem Geist des Freihandels, wenn nicht gar den Bestimmungen der WTO widersprechen würde.

Aus liberaler Sicht sind alle Arten von Interventionismus - auch solche, die unterstützend wirken sollen - mit Misstrauen zu betrachten, und jede Verlagerung der Zuständigkeit von Bern nach Brüssel könnte irgendwann in einen Teufelskreis münden.

Adam Smith hat drei Kriterien genannt, die ein gut funktionierendes politisches System auszeichnen: "Peace, easy taxes and tolerable justice. Das Kriterium der "tragbaren Steuern" wird in der politischen Ordnung notorisch unterschätzt - nicht in erster Linie vom Durchschnitts-Steuerzahler, sondern vor allem von den Staatstheoretikern und den politischen Philosophen. Es gibt gute Gründe, die Staaten nach dem Ausmaß ihrer Besteuerung zu klassifizieren, statt nach ihrem allgemeinen Regierungssystem. Die derzeit relativ geringen nationalen Beiträge an die EU sind für mich im Hinblick auf mögliche Entwicklungen nicht beruhigend.

Als die Schweiz 1848 als Bundesstaat startete, erhob sie keine Bundessteuern und hatte nur etwa ein Dutzend Regierungsbeamte - und das ist wahrscheinlich der Grund, warum wir beim Start erfolgreich waren. Als die Verwaltung vom alten Hauptort Luzern nach der neuen Bundesstadt Bern umsiedelte, genügten zwei Ochsenkarren für den Transport der Bundesakten und -archive. Auf den Karren war auch Platz für die «Staatskasse», und das ist der einzige Aspekt, der vielleicht auch heute noch möglich wäre, denn unser Staatsvermögen besteht hauptsächlich aus Schulden. Die Zeiten sind längst vorbei, in denen man eine große Anzahl von Wagen brauchte, um den Staatsschatz (in Form von Goldmünzen) von einem Ort zum anderen zu transportieren. Als die Armee der Französischen Revolution nach der Eroberung der Schweiz 1798 "liberté, égalité, fraternité" in die damalige Alte Eidgenossenschaft brachte, konnten die Franzosen tatsächlich ihrerseits einige Waggons mit Berner Gold nach Paris transportieren. Wahrscheinlich war das der erste Schritt zur "fraternité" oder "Solidarität", wie wir es heute nennen würden. Napoleon soll mit dem in Bern gestohlenen Staatsschatz den Aegyptenfeldzug finanziert haben.

In der Tat half uns die französische "Grande Armée", Teile des Feudalsystems loszuwerden, das auch die damalige Schweiz prägte und belastete. Aber das Ergebnis war zunächst mehr Abhängigkeit, Elend und Krieg und keine Befreiung. Die Prozesse der Befreiung sind heute etwas subtiler.

Ich frage mich als zeitgenössischer Eidgenosse, wie sich die "vier Freiheiten" von Jacques Delors auf die Schweiz auswirken. Würden wir als Mitglied der EU wirklich mehr davon haben, als wir bereits haben? Und was wäre der Preis, der dafür bezahlt werden müsste. Wieviele «Ochsenkarren» mit Schweizer Geld fahren in Zukunft von Bern nach Brüssel?

Und lassen Sie mich noch etwas zu Jacques Delors' Rhetorik in Bezug auf die fünfte Freiheit, "le libre échange des idées", hinzufügen. Ich hoffe nicht, dass dieser freie Austausch von Ideen von einer großen politischen oder wirtschaftlichen Organisation wie der EU abhängt. Gerade die Forderung nach dem freien Austausch von Ideen ist völlig überflüssig, wenn nicht sogar gefährlich. Gefährlich deshalb, weil es - gerade im Bereich der Ideen - auf die negative Freiheit und den spontanen Austausch ankommt. Daher bin ich äußerst skeptisch gegenüber jedem Versuch, von außen eine Art von sanfter "Chancengleichheit" auf dem Markt für Ideen zu etablieren.

Mit den Verfassungsreformen des letzten Jahrhunderts [Luchsinger: 19. Jahrhundert] hat die Schweiz ihre Transformation von der alten Eidgenossenschaft zum modernen Bundesstaat abgeschlossen. Dieses Experiment darf insgesamt als Erfolg gewertet werden. Aber die verfassungsmäßigen Rechte der Kantone haben den Prozess der Zentralisierung und Bürokratisierung nicht aufgehalten. **Die Dämonen der zentralistischen Staatsvermehrung sind nicht gebannt, und ein funktionierendes Bremssystem ist bis heute nicht entdeckt worden - weder in den Vereinigten Staaten von Amerika noch in der Bundesrepublik**

Deutschland noch in der Schweiz. Wenn Europa dies gelänge, hätte es einen wirklich grossartigen Beitrag zur Weltgeschichte geleistet. Aber weder die Römer Verträge noch der Vertrag von Maastricht scheinen in dieser Hinsicht vielversprechend zu sein - ganz im Gegenteil. Die Zentralisierung ist schon jetzt in vollem Gange.

Ich habe bereits darauf hingewiesen, dass die EU für mich nicht so sehr eine fertige Organisation ist, sondern ein Projekt für eine zukünftige Organisation Europas. Sie hat ein klares Ziel: Ein Bundesstaat, eine integrierte politische Gemeinschaft mit einer eigenen Außenpolitik und, was mir noch problematischer erscheint, mit einer harmonisierten Sozial- und Wirtschaftspolitik und mit eigener Steuerhoheit. Die zentrale Bedeutung des Steuerwesens für das Funktionieren oder Nichtfunktionieren einer Gesellschaft wird meist massiv unterschätzt. **Was als Harmonisierung im Hinblick auf mehr Steuergerechtigkeit gefordert wird, ist nichts anderes als ein Freipass zur kontinuierlichen Erhöhung der Steuerlast.**

Das Verhältnis zwischen Staat und Individuum wird von der Besteuerung mindestens so intensiv beeinflusst wie von der gesamten Gesetzgebung. Es ist kein Zufall, dass der Prozess der Erlangung der Unabhängigkeit in den Vereinigten Staaten mit einem mehr oder weniger harmlosen Steuerkonflikt (der Boston Tea Party) und mit dem Motto "No taxation without representation" begann. Ob wir 6 Millionen Schweizer dieses Prinzip der effektiven Repräsentation gegenüber 360 Millionen Einwohnern in der erweiterten EU - im Falle einer Osterweiterung auf über 500 Millionen ansteigend - aufrechterhalten könnten, ist, gelinde gesagt, zweifelhaft.

Ich glaube nicht - und hoffe schon gar nicht -, dass sich eine europäische Konföderation oder Föderation nach Schweizer Vorbild zu einem "Wohlfahrtsstaat" entwickeln würde, wie er sich heute in der Schweiz tatsächlich entwickelt (und ich verweise an dieser Stelle auch auf das nahezu bankrotte und noch nicht sanierte schwedische Modell). Aber unsere Erfahrung mit demokratischen Strukturen, in denen die Umverteilung von Reichtum immer ein beliebtes und angesichts der Steuerprogression auch mehrheitsfähiges Anliegen ist, impliziert die akute Gefahr einer solchen Entwicklung und der daraus folgenden allmählichen Degeneration des liberalen Rechtsstaates.

Jede Art von staatlicher Entwicklungshilfe läuft ernsthaft Gefahr, Mittel von relativ armen Steuerzahlern in reichen Ländern zu relativ reichen Empfängern von Subventionen in armen Ländern umzuverteilen. Dies sind nicht nur Schlagworte - ihre Grundlagen sind empirisch belegbar. Sollen wir uns wirklich im Namen der "europäischen Solidarität" auf einen Prozess einlassen, der schädlich und sinnlos zugleich ist?

In sehr vielen Gesprächen mit Liberalen aus Drittweltländern und ehemaligen Ostblockstaaten bin ich auf breites Verständnis für unsere Position außerhalb der EU gestoßen, und dieses Verständnis beruht meist auf der Art von Überlegungen, die ich beschrieben habe. Viele sehen ein, dass die Idee der Schweiz als "Fenster" in die wirtschaftliche und politische "Festung" durchaus etwas Nützliches haben könnte, und andere ausserhalb der EU würden auf unsere traditionell guten Beziehungen - als Nichtmitglied - zu den Mitgliedern grossen Wert legen.

Es mag sein, dass ich die Möglichkeit einer negativen Entwicklung etwas übertrieben habe und den bürokratischen Mehraufwand und den möglicherweise eintretenden

Interventionismus zu sehr betonte - ohne dem viel gepriesenen Prinzip der "Öffnung" oder "Offenheit" eine ausreichende Chance zu geben ...

Ich habe auch vieles - vielleicht zu vieles - über die Schweizer Geschichte, über Geld und über Steuern ausgeführt. Der Grund dafür ist weder ein Ausdruck überheblichen Nationalbewusstseins, noch ein blinder Glaube an das Primat des Geldes. Ich versuchte lediglich, ehrlich zu sein und die übliche Gemeinschafts-Rhetorik und schwammige Begriffe wie "Solidarität", "Subsidiarität", "Föderalismus" auszuklammern. Davon haben wir in den letzten Wochen zu viel gehört und gelesen.

Lassen Sie mich Ihnen nun meine persönliche Beschreibung einer EU skizzieren, der ich gerne beitreten würde:

Erstens: Sie sollte auf dem Geist der WTO beruhen: offene Märkte in der ganzen Welt. Es sollte keinen Euro-Merkantilismus, keinen Euro-Protektionismus und keinen Euro-Interventionismus geben.

Zweitens: Die EU, der ich gerne beitreten würde, wäre in erster Linie eine Freihandelsorganisation. Die EFTA sollte nicht der EU beitreten - die EU sollte der EFTA beitreten! Das ist nicht meine Idee, aber sie hat meine volle Sympathie.

Drittens: Die politischen Strukturen sollten konföderal und nicht föderal sein, während die Sicherheitspolitik auf dem Geist von Helsinki basieren sollte, der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa - aber der KSZE, wie sie begonnen hat und nicht wie sie jetzt ist. Autonome Verteidigungssysteme mit gegenseitiger Kontrolle und vertrauensbildenden Maßnahmen. Meiner Meinung nach wäre es besser gewesen, die KSZE zu vertiefen, statt sie zu erweitern und der NATO anzunähern.

Viertens: Die EU sollte durch die Aufnahme einiger Staaten des ehemaligen Ostblocks erweitert werden.

Fünftens: Wir - als Liberale (im europäischen Sinne) - sollten Ideen entwickeln, wie man ein Bündnis mit einem Minimum an Euro-Bürokratie, einem Minimum an Euro-Sozialstaat und Umverteilungsstaat und - ich wiederhole und betone - einem Minimum an Euro-Steuern schaffen könnte.

Am besten wäre es, einen unveränderlichen rigorosen "numerus clausus" mit festen Höchstquoten festzulegen, auch bei der Verschuldung. Solche "begrenzten Zahlen" sollten zu weniger Zentralismus führen und zu mehr Autonomie und Privatautonomie.

Das ist die EU, der ich gerne beitreten würde.

Aus klassisch liberaler Sicht kann die wichtigste Funktion des Staates, nämlich die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit, sehr wohl von relativ kleinen politischen Einheiten erfüllt werden. Ein gut funktionierendes Rechtssystem kann auch ohne riesige supranationale Organisationen oder Abkommen mit vollem Erfolg organisiert werden. Es ist gut, wenn kleinere Einheiten miteinander friedlich konkurrieren, und nur in kleineren Einheiten ist es möglich, die für das wirtschaftliche Überleben eines politischen Systems so wichtige Balance zwischen Steuereinnahmen und Sozialausgaben herzustellen.

Es mag sein, dass einige der skizzierten Ideen den Eindruck erwecken, die Schweiz sei ein Volk von Krämern, das die weltpolitische Entwicklung nur mit Blick auf den eigenen Geldbeutel beurteilt. Der Vorwurf ist berechtigt. Es ist richtig, dass ich mir nicht die übliche Mühe gemacht habe, Überlegungen, die unsere eigenen Interessen widerspiegeln, hinter einem Nebel aus ideologischer Rhetorik zu verstecken - was in einigen anderen Ländern ziemlich penetrant praktiziert wird. Wenn andere Leute von Solidarität im Sinne von "fraternité" sprechen, denke ich immer an die sehr alte und grundlegende Geschichte von Kain und Abel. Es gibt nicht allzuviel an Liebe und Solidarität zwischen den Nationen - und eine mehr oder weniger intelligente und langfristige Einschätzung ihrer eigenen Interessen ist das, was in ihren Beziehungen zueinander wirklich im Vordergrund steht. Die realitätsbezogenen, marktwirtschaftlichen Kräfte, die auf einen fairen Austausch abzielen, bewirken mehr für Frieden und Kooperation als alle politische Rhetorik, die zu einer Solidarität aufruft, die kaum je ohne äusseres Feindbild auskommt. Der ehrlich argumentierende friedliche Egoist tut mehr für das Allgemeinwohl als die lautstarken Schwärmer für große Gemeinschaften. Allerdings hat auch der krasse Egoismus seine Grenzen. Wenn er alles beherrscht, ist er alles andere als «heilig». Er ist kurzsichtig, dumm und selbstzerstörerisch, sowohl für den Einzelnen als auch für Nationen.

Ich habe meine Ausführungen mit einer Fabel begonnen, und ich möchte sie mit einer weiteren beenden. Sie ist von Schopenhauer, und sie fasst alles zusammen, was ich hier zu erklären versucht habe: "Die Geschichte von den Stachelschweinen" ist hundert Jahre älter als der abstossend überhebliche Nazi-Spruch: "Die Schweiz das kleine Stachelschwein, das nehmen wir im Rückweg ein."

«Eine Gesellschaft Stachelschweine drängte sich an einem kalten Wintertage recht nah zusammen, um sich durch die gegenseitige Wärme vor dem Erfrieren zu schützen. Jedoch bald empfanden sie die gegenseitigen Stacheln, welches sie dann wieder von einander entfernte. Wann nun das Bedürfnis der Erwärmung sie wieder näher zusammenbrachte, wiederholte sich jenes zweite Übel, so dass sie zwischen beiden Leiden hin und her geworfen wurden, bis sie eine mäßige Entfernung voneinander herausgefunden hatten, in der sie es am besten aushalten konnten.

So treibt das Bedürfnis der Gesellschaft, aus der Leere und Monotonie des eigenen Innern entsprungen, die Menschen zueinander; aber ihre vielen widerwärtigen Eigenschaften und unerträglichen Fehler stoßen sie wieder voneinander ab. Die mittlere Entfernung, die sie endlich herausfinden, und bei welcher ein Beisammensein bestehen kann, ist die Höflichkeit und feine Sitte. Dem, der sich nicht in dieser Entfernung hält, ruft man in England zu: keep your distance! - Vermöge derselben wird zwar das Bedürfnis gegenseitiger Erwärmung nur unvollkommen befriedigt, dafür aber der Stich der Stacheln nicht empfunden. Wer jedoch viel eigene, innere Wärme hat, bleibt lieber aus der Gesellschaft weg, um keine Beschwerde zu geben, noch zu empfangen.»

So weit Schopenhauer.

Ich wünsche mir nun, dass sowohl die Schweiz als auch alle Mitglieder der Europäischen Union viel eigene "innere Wärme" haben. Aber das hängt nicht so sehr von den Staaten und den Maßnahmen ab, die sie ergreifen, um ihre Regierungen zusammenzubringen, sondern von den Menschen, die in diesen Staaten leben.